



„Die Würde des Menschen schließt jeden Flüchtling ein“

Aufruf des Bündnisses „Mitmenschlich in Thüringen“ - für ein Thüringen der Demokratie, Vielfalt und Mitmenschlichkeit

Solchen Andrang hat man im Raum der Landespressekonferenz im Thüringer Landtag selten gesehen. Das neugegründete Bündnis für ein Thüringen der Demokratie, Vielfalt und Mitmenschlichkeit stellt in seiner Breite einen bisher einmaligen Zusammenschluss der Gesellschaft Thüringens aus Politik, den Kirchen, Vereinen, Verbänden, der Wirtschaft, verschiedensten Initiativen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern dar.

„Der Mensch muss in den Mittelpunkt rücken“, sagte Sandro Witt, Sprecher des Bündnisses und stellvertretender Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen, und verwies auf die zahlreichen prominenten Erstunterzeichner. Zunächst gilt es, für die am historischen 9. November, 18 Uhr, auf dem Erfurter Domplatz geplante Großveranstaltung für Toleranz und Mitmenschlichkeit, für ein Willkommen der Flüchtlinge zu mobilisieren, aber es soll weitergehen.

Das Herz des Bündnisses bleibe offen, betonte Witt, auch für die CDU, die nach ihrem Ausstieg bei den Vorbereitungen nun ziemlich isoliert dasteht. Allseits Unverständnis über die Begründung der Christdemokraten, dass Herausforderungen und Grenzen der Aufnahme von Flüchtlingen klar benannt werden müssten.

Dem Bündnis geht es aber gerade darum, dass „die Würde des Menschen, und sie schließt jeden Flüchtling ein, unantastbar ist“, wie es Winfried Weirich, der Leiter des Katholischen Büros Thüringen, unterstrich - auf der „Basis unserer Werteordnung“, „ohne Hass, ohne menschenfeindliche Parolen, ohne Gewalt“. Notwendig seien allerdings „Räume des Gesprächs und des Dialogs“, denn „Sorgen und Ängste können nicht einfach weggedemonstriert werden. Wir brauchen eine nachhaltige Dialogkultur in unserem Land“.

Für die evangelische Landesbischöfin Ilse Junkermann sprach der Regionalbischof von Eisenach-Erfurt Christian Stawenow: „Wir stehen geschlossen hinter dem Bündnis. Wir können uns als Christen an keinem einzigen Menschen vorbeidrücken, der unsere Hilfe braucht.“ Und es gehe darum,

„das Mögliche möglich zu machen und nicht, das Mögliche für unmöglich zu erklären“.

Es ergriff auch ein Vertreter des Bundesverbandes der Muslime das Wort. Ihm war es dabei besonders wichtig, darauf zu verweisen, dass sie „für den interkulturellen und interreligiösen Frieden arbeiten“. Dabei sei es ihr Wunsch, „dass wir uns besser kennenlernen, offen aufeinander zugehen, miteinander reden und nicht übereinander“. Schließlich seien „gegenseitige Akzeptanz und Toleranz die Grundlagen für ein friedliches Miteinander“.

Eindrucksvoll ebenso das Statement

Kaczmarek, beruflich Pressesprecher der Parität Thüringen, hob die Unterstützung der Sozialverbände für das Bündnis, aber vor allem für die notwendige „große und erfolgreiche Integration der Flüchtlinge“ hervor. Sprache, Bildung, Arbeit seien hier nur als Stichworte genannt. Auch die Sozialverbände „nehmen die Sorgen und Verunsicherungen der Menschen ernst“ und wollen sich „ihnen stellen“.

Für die Thüringer Bündnisse und Netzwerke gegen Rechts ergriff auf der Pressekonferenz Romy Arnold das Wort und erinnerte daran, dass sie seit Jahren engagiert auf die Straße gingen.



Die Fraktion DIE LINKE und der Landesverband DIE LINKE Thüringen unterstützen „Mitmenschlich in Thüringen“, Bündnis für ein Thüringen der Demokratie, Vielfalt und Mitmenschlichkeit, so die Fraktions- und Landesvorsitzende, Susanne Hennig-Wellsow. „Es handelt sich um einen beeindruckenden Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Akteuren, dessen Bandbreite von Gewerkschaften, Wirtschafts- und Sozialverbänden über Kirchen und Religionsgemeinschaften bis zum Landessportbund und dem Feuerwehrverband reicht“, so die Abgeordnete, die auch an der mit großem öffentlichen Interesse aufgenommenen Pressekonferenz des Bündnisses am 29. Oktober im Landtag teilgenommen hatte. „Wir teilen ausdrücklich die Grundaussage, für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration der Flüchtlinge einzustehen. Die Landespolitikerin begrüßte auch den Ansatz des Bündnisses, Ängste der Menschen ernst zu nehmen, zugleich aber menschenfeindlichen Parolen zu widersprechen.“

von Stephan Fauth, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Wirtschaft Thüringens: „Flüchtlingschutz zu gewähren und die Integration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive in den Arbeitsmarkt, ist unsere humanitäre Pflicht.“ Allerdings brauche Deutschland auch „eine gezielte und gesteuerte Zuwanderung“. Stephan Fauth war auch der erste und einzige, der sich direkt zur AfD und Bernd Höcke äußerte. Dieser bereite mit seinem Rechtspopulismus „den Boden für Hass und Gewalt, er schade Thüringen und der Thüringer Wirtschaft“. Und wer dort mitlaufe, der schade ebenfalls Thüringen. Die Menschen würden benutzt und Ängste geschürt. Der Pressesprecher des Bündnisses, Hartmut

„Wichtig ist uns der demokratische Konsens, der uns als Zivilgesellschaft repräsentiert, der Schulterschluss aller Demokraten“, betonte die junge Frau, die auch für Samstag, den 7. November, auf dem Erfurter Anger warb, wenn es dort heißt: „Erfurt lacht...GEMEINSAM“, für eine tolerante und weltoffene Stadt. Es soll ein buntes, lautes, kreatives und fröhliches Fest werden. Und, selbstverständlich, gehört die Initiative zu den Erstunterzeichnern des Bündnisses „Mitmenschlich in Thüringen“.

Wer ebenfalls noch unterzeichnen möchte, kann das gern und jederzeit unter www.mitmenschlich-in-thueringen.tun.

Annette Rudolph

Aus dem Aufruf des Bündnisses „Mitmenschlich“

Wir setzen uns dafür ein, Weltoffenheit und Mitmenschlichkeit nicht nur nach außen zu zeigen, sondern auch jeden Tag zu leben. Ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution erinnern wir uns besonders an das mutige Streben nach Demokratie, Meinungsfreiheit und einer offenen Gesellschaft. Dieser Kampf für die Demokratie und Menschenrechte ist uns auch heute noch Verpflichtung. Es ist ein Gebot der Mitmenschlichkeit, den Geflüchteten beizustehen und ihnen zu helfen.

Wir stehen für die Menschenrechte von Geflüchteten und Asylsuchenden ein.

Die Würde des Menschen ist unantastbar und unteilbar. Die Aufnahme von Geflüchteten ist eine humanitäre Notwendigkeit und eine rechtliche Verpflichtung zugleich. Das Recht auf Asyl ergibt sich aus dem christlichen und humanistischen Menschenbild sowie besonders aus den Erfahrungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ist deshalb Bestandteil des Grundgesetzes. Dies ist Konsens aller Demokratinnen und Demokraten in unserem Land, ebenso wie die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, das Demonstrationsrecht und die freie Religionsausübung.

Wir schützen das zivilgesellschaftliche Engagement im Sinne des Grundgesetzes.

Zum Schutz der Menschenwürde bedarf es eines handlungsfähigen Staates und einer wehrhaften Demokratie. Die menschenwürdige Aufnahme und Begleitung von Geflüchteten kann nur mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Engagement vieler Menschen gelingen und nicht allein durch politische Maßnahmen bewältigt werden. Wir stellen in Thüringen mit großer Dankbarkeit fest: Es gibt eine Vielzahl ehrenamtlicher Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verbänden, Sozialpartnern und Religionsgemeinschaften, die Geflüchtete in ihrem Alltag unterstützen. Diese Unterstützung ist ein wertvolles Gut, das hohe gesellschaftliche Anerkennung verdient, geschützt und weiterentwickelt werden muss.